

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

XXIV/227

Bonn, den 27. November 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
- 2	<u>Gebrochenes Tabu</u>	54
	Zur Wahl des Präsidenten der Freien Universität Berlin Von Dr. Josef Benzinger	
2	<u>Übereinstimmung</u>	30
	Solidität des Haushaltes oberstes Gebot	
3	<u>Senkrechtstarter in der Schweiz</u>	43
	Zusammenschluß sozialdemokratischer Zeitungen Von Hermann Battaglia, Bern	
- 5	<u>Anfang des Endes?</u>	68
	Athener Militärjunta auf der Anklagebank Von Dr. Basil Mathiopoulos	

Gebrochenes Tabu  
-----

Zur Wahl des Präsidenten der Freien Universität Berlin

Von Dr. Josef Benzinger

Dem Novum der Wahl des wissenschaftlichen Assistenten Peter Glotz zum Konrektor der Universität München folgte am 24. November 1969 bislang Unerhörtes im Bereich der deutschen Hochschulen: Rolf Kreibich, Physiker und Soziologe, weder Doktor noch Professor, wurde zum ersten Präsidenten der Freien Universität Berlin gekürt.

Über derlei demokratische Entartung im deutschen Hochschulwesen konnte sich ein Teil der deutschen Presse nicht genug entrüsten, und derjenige Teil der Professorenschaft, welcher hinter dem ultrakonservativen Marburger Manifest steht, wird mit einschlägigen Erklärungen nicht lange zurückhalten.

Was ist geschehen?

In einwandfreier demokratischer Wahl hat die Mehrheit des nach dem Gesetz zuständigen Kollegiums und damit aller Berliner Hochschulangehörigen denjenigen mit einer sicher nicht leichten Aufgabe betraut, von dem sie annimmt, er würde sie am besten bewältigen.

Die Schaffung des Amtes eines Hochschulpräsidenten diene in erster Linie dem Zweck, die sogenannte Honoratiorenverwaltung zu beseitigen. Die "Honoratioren" aber waren bisher ausschließlich Ordinarien, und daß sie ihre Sache immer gut gemacht hätten, wird man nicht behaupten können; Forschung, Lehre und Leitung einer Mammutadministration überfordern einen Einzelnen. Kreibich wird seine inhaltlich-wissenschaftliche Laufbahn für die nächsten sieben Jahre unterbrechen und sich ausschließlich der Wissenschaftsorganisation widmen müssen. Das müssen - wenn auch für eine kürzere Zeit - ebenso die Rektoren der deutschen Hochschulen.

Durch nichts ist bewiesen, daß nur Ordinarien diese Aufgabe leisten können, es sei denn, man läßt oberflächliche Vermutungen als Beweis gelten. Man könnte eine stattliche Reihe von Assistenten und Studenten namhaft machen, die weitaus besser mit der Problematik der Hochschulreform sowie mit den Bedürfnissen des größten und sicher nicht unwichtigsten Teils aller Hochschulangehörigen vertraut sind als eine beträchtliche Anzahl der Professoren. Die Hochschulverwaltung ist eine schwierige Angelegenheit, aber sicher keine Geheimwissenschaft, es sei denn, geheim gegenüber allen an Forschung, Lehre und Studium Beteiligten. Schließlich ist ein 30jähriger Hochschulangehöriger immerhin rund 20 Jahre am Ort tätig; die fehlende Mitgliedschaft in den bisherigen exklusiven Entscheidungsgremien der Universität kann man wohl kaum als Qualifikationsmangel bezeichnen.

Fazit: Rationale Argumente gegen Kreibich als Präsidenten der Freien Universität Berlin gibt es nicht. Durch seine Wahl wurden le-

iglich Tabus gebrochen und wohl auch bestimmte und umstrittene Interessen beeinträchtigt. Kreibich wird die - ihm von seinen Gegnern von Anfang an bestrittene - Autorität durch seine Amtsführung und durch Leistungen erwerben müssen, eine Autorität, welche ein Hochschulpräsident - entgegen der irrtümlichen Auffassung der Konservativen - heutzutage im Universitätsbereich auch als Ordinarius nicht von vorne herein hat.

Das Gebot der Fairness erfordert, daß die Angehörigen der Freien Universität Berlin den neuen Präsidenten tatkräftig unterstützen und ihn nicht durch Vorurteile und Unkenrufe in seiner Arbeit behindert und diskreditiert. Im anderen Fall geraten die Konservativen in Berlin und anderswo in die unrühmliche Rolle des rechten Pendantes zu jenen "linken" Studenten, welche die Wahl des neuen Präsidenten überhaupt zu verhindern versucht haben.

+ + +

Übereinstimmung

-----  
Solidität des Haushaltes oberstes Gebot

sp - Es ist gut, daß Regierungsparteien und Opposition Übereingekommen sind, bis zur Beratung des Bundeshaushaltes im Frühjahr des nächsten Jahres von ausgabewirksamen Gesetzen Abstand zu nehmen, obwohl man über Abgeordnete dem nicht mit frohem Herzen zugestimmt haben mag. Ausgenommen davon bleiben die vorgesehene Erhöhung der Kriegsoffizierrenten, die Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft und die geplante Erhöhung der Gehälter für die Angehörigen des Öffentlichen Dienstes. Alles andere fällt zunächst unter den Tisch. Die Solidität des Bundeshaushaltes bleibt für den Bundesfinanzminister Dr. Alex M ö l l e r oberstes Gebot. Darunter fällt auch die gewiß schwierige Aufgabe, die Entwicklung auf dem Preissektor wieder in den Griff zu bekommen. Heute tragen wir alle die Folgen für die viel zu spät erfolgte, weil von den Unionsparteien vor einem halben Jahr verhinderte Aufwertung der DM. Der noch zu erwartende stabilisierende Preiseffekt könnte verlorengehen oder verspielt werden, würden Grundsätze einer soliden Haushaltsordnung mit gesunden Finanzen nicht beachtet. Damit wäre auch der Weg für die so notwendigen innenpolitischen Reformen verbaut. Der mündige Bürger weiß dies; denn nur ein Schelm gibt mehr als er hat.

Den Bemühungen, den Gefahren einer überschäumenden Konjunktur die Spitze abzubrechen, dient auch die konzertierte Aktion, an der nun auch die Vertreter der Landwirtschaft teilnehmen. Die Kenntnis aller Fakten und Zielprojektionen dürfte auf alle Teilnehmer der gewiß nicht leichten Gespräche doch einen heilsamen und bremsenden Einfluß ausüben. Dies bedeutet auch, daß die Regierung dort handeln wird, wo sie das Preisgeschehen von sich aus beeinflussen kann. Hier empfiehlt sich in erster Linie die bessere und gründlichere Anwendung der Kartellbestimmungen. Hier kann manches zum Wohle der Verbraucher geschehen. Gewiß wird es das Bundeswirtschaftsministerium hier nicht nur bei Ankündigungsbewenden lassen.

+ + +

## Senkrechtstarter in der Schweiz

### Zusammenschluß sozialdemokratischer Zeitungen

Von Hermann Battaglia, Bern

Der Schweizer Senkrechtstarter wird am 3. Januar nächsten Jahres seinen "Erstflug" unternehmen. Es handelt sich dabei allerdings nicht um ein Flugzeug, sondern um eine neue Zeitung. Weil die AZ - im Gegensatz zu den meisten andern neuen Blättern - schon vom ersten Tag an mit einer "bestellten" Auflage von über 67.000 Exemplaren und damit als eine der fünf größten Tageszeitungen der deutschen Schweiz beginnen kann, hat sie Chefredaktor und Nationalrat Heiruth Hubacher aus Basel in der Nullnummer als Senkrechtstarter vorgestellt.

Die AZ geht aus einem Zusammenschluß von zehn sozialdemokratischen Zeitungen - von den deutschsprachigen SP-Blättern macht nur die "Tagwacht" in Bern nicht mit - hervor. Die AZ soll eine modern gestaltete Zeitung der demokratischen Linken sein, die zwar die enge Nachbarschaft mit der Sozialdemokratie anerkennt, sich aber von niemandem an die Leine nehmen läßt. Die Zentralredaktion in Zürich bearbeitet die Ressorts Ausland, Inland - diese zusammen mit der Bundesstadredaktion in Bern - sowie den "nichtlokalen Sport". Jeden Tag, und zwar am frühen Morgen, werden die entsprechenden Kolumnen als "Mantel" an die Außenredaktionen gesandt. Dort wird der lokale und regionale Teil der AZ hergestellt und die Zeitung mit der jeweiligen Ortsangabe - "Ostschweizer AZ", "Innerschweizer AZ" - gedruckt.

Die AZ-Konzentration - ähnliche Bestrebungen in wohl etwas kleineren Dimensionen sind auch bei anderen Zeitungsgruppen vorhanden - bezweckt nicht nur und nicht in erster Linie eine Kosteneinsparung, sondern die Herausgabe einer guten, konkurrenzfähigen sozialdemokratischen Zeitung, die sich vor allem an junge Arbeiter und Angestellte und an die intellektuelle Jugend wendet. Wenn das an und für sich recht komplizierte "Gebilde" sicher auch Nachteile aufweist, so überwiegen doch die Vorteile: Das Zusammenfassen der bisher von jeder Zeitung selber geführten Ausland- und Inlandredaktion auf eine "Zentrale" ermöglicht nicht nur, diese Ressorts auszubauen und zu "verbessern". Sie bringt zudem eine starke Entlastung der Außenredaktionen welche sich dadurch viel intensiver dem nach wie vor bedeutungsvollen lokalen und regionalen Teil widmen können. So sind die Leute vom "AZ-Ring" voller Hoffnung, den Abonentenschwund der sozialdemokratischen Zeitungen aufhalten zu können und dank der für Schweizer Verhältnisse guten Auflage groß ins Inseratengeschäft steigen zu können, was einigen Druckerbetrieben sehr zustatten kommen würde.

Wenn auch am endgültigen Gesicht der AZ noch gefeilt wird, so steht doch heute schon fest, daß sie eine lebendige, engagierte Zeitung sein wird. Das Informationsgebiet soll umfassend, der einzelne Beitrag aber konzentriert sein. Die AZ-Kommentare werden "den andern" gegenüber fair, der Sache zuliebe, die in der neuen Zeitung vertreten wird, aber trotzdem mutig sein.

Anfang des Endes?  
-----

Athener Militärjunta auf der Anklagebank

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Die letzten Wochen des Jahres werden für das Athener Militärregime entscheidend sein.

Der Parlamentarische Europarat in Brüssel faßte Mitte Oktober 1969 einen unmißverständlichen Beschluß. Er verlangte von den westlichen Regierungen die vollständige Isolierung der Athener Militärregierung, um ihren Sturz zu erreichen. Dieser Beschluß wurde mit der Mehrheit von 44 gegen vier Stimmen angenommen; die Gegenstimmen waren die Franzosen.

Seit diesem Beschluß berät das State-Department in Washington ununterbrochen, um zu einer Grundhaltung in der griechischen Frage zu finden. Bezeichnend ist, daß gerade die amerikanischen Delegierten im Parlamentarischen NATO-Rat in Brüssel die Militärjunta in schärfster Form attackiert haben.

Im Auftrag des Europarates besuchte der holländische Abgeordnete van der Stoep die Vereinigten Staaten. Bei seinen Gesprächen mit amerikanischen Regierungskreisen betonte Stoep, daß es für die Europäer höchste Zeit sei, endlich alle Möglichkeiten für die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland effektiv auszunützen.

Viele griechische Exilpolitiker führten gleichzeitig Gespräche mit amerikanischen Senatoren und Abgeordneten des Repräsentantenhauses, um auf die Lage in Griechenland hinzuweisen.

In diesem Zusammenhang gewinnt die Tatsache an Bedeutung, daß der neue amerikanische Botschafter in Athen, Tascas, wiederholt im Senat erscheinen und über die Situation in Griechenland berichten mußte. Außerdem fällt auf, daß die Genehmigung des Senates zur Ernennung Tascas als Botschafter immer wieder verschoben wurde - was bei dieser formalen Angelegenheit eine absolute Seltenheit ist.

Am 12. Dezember tagt in Paris das Gremium der Außenminister der 15 Länder des Europarates. Dabei wird die Frage des Ausschlusses Griechenlands aus dem Europarat beraten.

Den Außenministern liegt inzwischen ein Bericht der Kommission für Menschenrechte des Europarates vor. Anlaß zur Erstellung dieses Berichtes war die Anklage von Schweden, Dänemark, Norwegen und Holland, daß die Athener Junta gegen die Römer Konvention für Menschenrechte verstoße.

Für den Bericht wurden mehrere Zeugen, die Folterungen durchgemacht hatten, in Griechenland an Ort und Stelle vernommen, außerdem wurden mehrere Zeugen in Straßburg gehört.

Der Bericht der Kommission gibt ein klares Bild der unmenschlichen Methoden, die das Athener Regime gegen die demokratischen Bürger anwendet. Er zeigt damit klassische Beispiele für die Verletzung der Paragraphen der Menschenrechte.

Wenn das Gremium der Außenminister am 12. Dezember den Ausschluß des Regimes aus dem Europarat beschließt, würde das die erste konkrete Maßnahme der westlichen Welt gegen eine Diktatur sein, die nicht nur die Prinzipien der Straßburger Institution, sondern auch die der EWG und die der NATO mit Füßen tritt.

Diese Entwicklung im Westen läuft parallel zu einer Reihe von politischen Schritten, die Vertreter der griechischen Parteien der Vorwochezeit unternommen haben. In Griechenland selbst schlossen die Vertreter der Zentrumsunion der Milios und die Konservativen der ERE-Partei ein Abkommen für die Bildung einer Übergangsregierung. Diese Übergangsregierung will nach dem Sturz der Militärjunta innerhalb eines Jahres die Wahlen vorbereiten, nachdem die Notgesetze der Diktatur abgeschafft sind und die legale Verfassung von 1952 wieder in Kraft gesetzt ist. Sie will weiter alle politischen Gefangenen freilassen, die Opfer der Diktatur entschädigen, die Putschisten vor Gericht stellen.

Der ehemalige konservative Regierungschef Karamanlis - zur Zeit in Exil - erklärte Anfang Oktober, daß er bereit sei, wieder politisch tätig zu werden; er verlangte die sofortige Abdankung der Militärregierung.

König Konstantin plädierte bei seinem kürzlichen Gespräch mit dem britischen Premierminister Wilson und in mehreren anderen Gesprächen mit ähnlichen Staatsmännern ebenfalls für die Suspendierung des Regimes dem Europarat. - Diese gesamte diplomatische Tätigkeit wird die Junta unter erheblichen Druck setzen. Es ist möglich, daß ihr dadurch die Verbindung mit der in letzter Zeit erhöhten Aktivität der Widerstandsbewegung von innen, der entscheidende Schlag versetzt wird.